

# Der Vollzugsdienst

6/2013 - 60. Jahrgang **Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands**

**Tarifvertreter fordern Vorrang für die BSBD-Forderungen**

Arbeitskreis-Tarif trifft sich in Hagen

Seite 3

**Thomas Röther nimmt an den World Games Spielen in Kolumbien teil**

Das deutsche Team holt die Bronzemedaille

Seite 15

**Noch ein weiter Weg bis zur Gleichstellung der im Justizvollzug Beschäftigten in Europa**

Justizgewerkschaft „Sappe“ engagiert und kümmert sich um ihre Mitglieder

Seite 44

Bundesleitung und Redaktion wünschen ein besinnliches Weihnachtsfest und ein gutes Jahr 2014



**Fachteil: Anspruch auf Überstundenvergütung**



Hamburg Seite 30



Niedersachsen Seite 47



Rheinland-Pfalz Seite 65

## INHALT

### BUNDESVORSTAND

- 1 Jahreswechsel – Zeit zurückzuschauen und Bilanz zu ziehen
- 3 Arbeitskreis Tarif trifft sich in Hagen – Tarifvertreter fordern Vorrang für die BSBD-Forderungen
- 4 Initiative zur Tarifpflege  
Neugestaltetes Tarifrecht beansprucht bundesweite Geltung

### LANDESVERBÄNDE

- 5 Baden-Württemberg
- 17 Bayern
- 18 Berlin
- 22 Brandenburg
- 26 Bremen
- 27 Hamburg
- 32 Hessen
- 39 Mecklenburg-Vorpommern
- 44 Niedersachsen
- 49 Nordrhein-Westfalen
- 63 Rheinland-Pfalz
- 67 Saarland
- 70 Sachsen
- 76 Sachsen-Anhalt
- 78 Schleswig-Holstein

### FACHTEIL

- 81 Urteil in Sachen Anspruch auf Überstundenvergütung



Mitglied im  dbb beamtenbund und tarifunion

 Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI)

|                                   |                     |  |
|-----------------------------------|---------------------|--|
| <b>Bundesvorsitzender</b>         | Anton Bachl         | bachl@bsbd.de<br>www.bsbd.de                               |
| <b>Stellv. Bundesvorsitzende</b>  | Petra Gerken-Wolf   | bsbd-frauen@bsbd.de<br>tarif@bsbd.de                       |
| <b>Stellv. Bundesvorsitzender</b> | Wolfgang Jänicke    | wolfjnicke@aol.com   |
| <b>Stellv. Bundesvorsitzender</b> | Friedhelm Sanker    | fsanker@t-online.de  |
| <b>Stellv. Bundesvorsitzender</b> | Franz-Josef Schäfer | eu@bsbd.de   |
| <b>Schriftleitung</b>             | Burghard Neumann    | bsbdrbrblgs@aol.com<br>vollzugsdienst.neumann@aol.com      |
| <b>Landesverbände</b>             | <b>Vorsitzende</b>  |  |
| <b>Baden-Württemberg</b>          | Alexander Schmid    | Alex.Bodman@web.de<br>www.bsbd-bawue.de                    |
| <b>Bayern</b>                     | Ralf Simon          | post@jvb-bayern.de<br>www.jvb-bayern.de                    |
| <b>Berlin</b>                     | Thomas Goiny        | mail@bsbd-berlin.de<br>www.bsbd-berlin.de                  |
| <b>Brandenburg</b>                | Willi Köbke         | willikobke@versanet.de<br>www.bsbd-brb.de                  |
| <b>Bremen</b>                     | Werner Fincke       | werner.fincke@JVA.BREMEN.de                                |
| <b>Hamburg</b>                    | Thomas Wittenburg   | thomas.wittenburg@lvhs-hamburg.de<br>www.lvhs-hamburg.de   |
| <b>Hessen</b>                     | Birgit Kannegießer  | vorsitzende@bsbd-hessen.de<br>www.bsbd-hessen.de           |
| <b>Mecklenburg-Vorpommern</b>     | Helmut Halwachs     | helmut.halwachs@jva-buetzow.mv-justiz.de<br>www.bsbd-mv.de |
| <b>Niedersachsen</b>              | Uwe Oelkers         | uwe.oelkers@vnsb.de<br>www.vnsb.de                         |
| <b>Nordrhein-Westfalen</b>        | Peter Brock         | bsbd-p.brock@t-online.de<br>www.bsbd-nrw.de                |
| <b>Rheinland-Pfalz</b>            | Winfried Conrad     | bsbd.winfried.conrad@t-online.de<br>www.bsbd-rlp.de        |
| <b>Saarland</b>                   | Markus Wollscheid   | markuswollscheid@t-online.de                               |
| <b>Sachsen</b>                    | René Selle          | rene.selle@bsbd-sachsen.de<br>www.bsbd-sachsen.de          |
| <b>Sachsen-Anhalt</b>             | Uwe Bülau           | uwe.buelau@bsbd-lsa.de<br>www.bsbd-lsa.de                  |
| <b>Schleswig-Holstein</b>         | Michael Hinrichsen  | hinrichsen@bsbd-sh.de<br>www.bsbdsh.de                     |
| <b>Thüringen</b>                  | Gerd Schulz         | g.schulz@bsbd-thueringen.de<br>www.thueringen.de           |

## Zum Weihnachtsfest und zum Jahreswechsel!

### *Liebe Kolleginnen und Kollegen!*

Der Kalender des Jahres 2013 ist dünn geworden. In dieses Jahr sind wir durchaus mit Bedenken gegangen, obwohl sich bereits abzeichnete, dass Deutschland die krisenhafte wirtschaftliche Entwicklung relativ gut würde meistern können. Diese Erwartungen haben sich weitgehend bestätigt. In einer solchen Situation lohnt sich jedoch der Blick auf jene Mechanismen, die unsere Wirtschaft so relativ robust haben werden lassen.

### Wer hat die Zeche zu zahlen?

Und in dieser Hinsicht müssen wir uns eingestehen, dass die Zeche überwiegend von drei gesellschaftlichen Gruppen zu zahlen ist: Den Geringverdienern, den Sparern und den Beamten. Den prekär Beschäftigten wird der gerechte Lohn für ihre Arbeitsleistung seit Jahren verweigert. Während Festangestellte einigermaßen auskömmlich entlohnt werden, müssen Zeitarbeitnehmer und sonstige Aushilfskräfte mit einem Lohn weit unter Tarif zufrieden sein. Der Druck des Arbeitsmarktes wird hier in geradezu schamloser Weise ausgenutzt, um die Unternehmensgewinne zu steigern. Die Arbeitgeber scheuen auch nicht davor zurück, die Menschen im Rahmen von Werkverträgen in einer Weise auszubeuten, wie man sich das vor Jahren nicht hätte vorstellen können. Die individuelle Gier, alles an finanziellen Vorteilen zu nutzen, was möglich ist, hat unsere Gesellschaft bereits verändert. Von sozialer Marktwirt-

schaft, eine der wesentlichen Errungenschaften der alten Bundesrepublik, die allen Mitgliedern der Gesellschaft eine gerechte Teilhabe an der wirtschaftlichen Entwicklung sicherte, ist nicht mehr viel übriggeblieben, so scheint es.

Die **Europäische Zentralbank (EZB)** verfolgt seit mehr als einem Jahr eine Politik des billigen Geldes. Sie tut dies, um den Ländern im Süden Europas die Finanzierung ihrer Haushalte zu erleichtern. Gleichzeitig wird damit aber der Reformdruck von diesen Ländern genommen, was die Gefahr birgt, dass sie lange Zeit schmerzliche Reformschritte aufschieben. Dieses Zögern kostet allerdings auch Geld und bezahlen müssen jene, die noch einen „Notgroschen“ fürs Alter zurückgelegt haben.



Bei den Beamten wird seit Jahren der Rotstift angesetzt.

Angesichts der beschriebenen Geldpolitik der **EZB** lässt sich auf Sparkonten keine Zinsrendite oberhalb der Inflationsrate mehr erzielen. Folglich werden die Guthaben der konservativen Anleger still und heimlich weginflationiert. Auch unsere Politiker sind hin- und hergerissen. Einerseits zahlt so im Wesentlichen



Peter Brock

der deutsche Sparer die Kosten der Euro-Krise, andererseits kann auf diese Weise die grundgesetzlich verankerte Schuldenkrise von Bund und Bundesländern eingehalten werden, ohne dass große Sparanstrengungen erforderlich sind und zudem noch Möglichkeiten der politischen Gestaltung bleiben.

Und dann sind da noch die Beamten. Seit fast einem Jahrzehnt kann die Politik sich kaum zurückhalten, bei der gesetzlich festgelegten Beamtenbesoldung den Rotstift anzusetzen. Die sicheren Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst, mussten in



Die Pharmalobby macht vor, was erreichbar ist, wenn man seine Interessen mit hohem Organisationsgrad und reichlich Geld vertreten kann.

vielen Jahren als Begründung für eine reduzierte Einkommensanpassung und für zahlreiche Sonderopfer herhalten.

Zu Zeiten eines bundeseinheitlichen Dienst- und Besoldungsrechts konnten diese Einbußen vielfach durch die Verbesserung der Besoldungsstrukturen aufgefangen werden. Seit der Föderalismusreform ist es damit offensichtlich auch vorbei. Seit 2006 verweigert das Land Nordrhein-Westfalen hartnäckig entsprechende Reformen.

### Welche Lehren müssen wir als Gewerkschafter ziehen?

Aus der dargestellten Entwicklung wird von Betroffenen vielfach die Schlussfolgerung gezogen, sich gar nicht mehr zu



Die Europäische Zentralbank in Frankfurt verfolgt eine Billig-Zins-Politik. Ihr neues Gebäude am Main durfte hingegen ruhig etwas teurer sein.

organisieren, weil Erfolge ja doch kaum zu erreichen seien. Eine solche Konsequenz würde die zu beobachtende Entwicklung zementieren, wir wären allen anderen gesellschaftlich relevanten Kräften schutzlos ausgeliefert.

Schauen wir uns nur die Arzneimittellobby an. Mit welchem hohem Organisationsgrad und mit welchem gigantischen finanziellen Aufwand hier versucht wird, die politische Meinung zu beeinflussen, um die eigenen Interessen durchzusetzen, ist schon phänomenal. Und wir können sicher sein, dass dieser Einsatz und Aufwand nicht betrieben wird, um die Beamtgehälter zu erhöhen. Es geht schlicht und einfach darum, der Pharmaindustrie ein großes Stück „Renditekuchen“ zu sichern. Was wir hiervon lernen können, ist die Erkenntnis: Viel hilft viel!

Wenn wir einen Blick auf die Organisationsgrade der abhängig Beschäftigten werfen, sehen wir diese Erkenntnis zudem bestätigt. Hier lässt sich ein starkes Nord-Süd-Gefälle ausmachen. Im Nor-

Qualität  
hat auch im  
Straf-  
vollzug  
ihren  
Preis.



sere Beschäftigten die erforderliche Tarifmächtigkeit zu erzielen.

Der **BSBD** stellt diese eigenständige Organisation dar, die unmittelbar mit Administration und Politik verhandeln kann. Mit dem korporativen Anschluss an den **dbb beamtenbund und tarifunion** stellen wir zudem sicher, dass wir auch bei Tarifverhandlungen mit am Tisch sitzen. Wenn wir wollen, dass unsere Interessen durch die Politik künftig nicht mehr übersehen werden können, müssen



**Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) hat für ihren Wortbruch gegenüber den Beamten bei der Bundestagswahl 2013 mit kräftigen Stimmenverlusten bezahlen müssen.**

den Europas organisieren sich die Arbeitnehmer zu weit über 80 Prozent in Gewerkschaften. Sie erreichen damit die höchsten Einkommen in Europa. Nach Süden hin nimmt der Organisationsgrad beständig mit der zwangsläufigen Folge ab, dass auch die Einkommen aus unselbständiger Arbeit gravierend geringer werden. Was lernen wir daraus: Wenn wir wollen, dass wir gerecht behandelt werden, **dann müssen wir uns alle gewerkschaftlich organisieren.**

Dies gilt besonders für Strafvollzugsbedienstete, die sich als Berufsgruppenminderheit eigenständig organisieren müssen, um durch die Politik nicht überhört zu werden, und um ihre spezifischen Interessen auch unmittelbar an die Politik herantragen zu können. In Großorganisationen ist dies regelmäßig nicht möglich. Daneben müssen wir aber Teil einer Großorganisation sein, um für un-

wir diesen Weg konsequent weiter gehen. **Die stärkste Waffe, liebe Kolleginnen und Kollegen, die uns zur Verfügung steht, ist gelebte Solidarität.**

### Wie sollen die Kosten der Gesellschaft künftig finanziert werden?

Es ist die vornehmste Aufgabe der Politik, die Kosten einer Gesellschaft für Gesundheit, Daseinsvorsorge, Sicherheit und Infrastruktur gerecht auf die Bürgerinnen und Bürger zu verteilen. Hier darf nicht das Prinzip gelten, dass man sich das Geld dort holt, wo es am einfachsten zu bekommen ist.

Wir können derzeit beobachten, dass all jene, die über Kapital verfügen, dieses mit Zähnen und Klauen verteidigen. Die Unternehmen malen

das Damoklesschwert der globalisierten Wirtschaft und den Verlust deutscher Arbeitsplätze an die Wand. Die pharmazeutische Industrie sieht ihre Grundlagenforschung und damit ihre Zukunftsfähigkeit bedroht. Die glücklichen Erben großer Vermögen dürfen nach deren subjektiver Einschätzung nicht mit höheren Abgaben belegt werden, weil das Vermögen bereits aus versteuertem Geld besteht.

Es ist durchaus verständlich, dass alle diese Gruppen ihre Interessen vertreten. Aufgabe der Politik ist es allerdings, **die Kosten einer Gesellschaft gerecht zu verteilen** und solche Rahmenbindungen für das Wirtschaften in unserem Land zu schaffen, dass jeder einen gerechten Lohn als Anteil am Erfolg dieser Gesellschaft erhält. In dieser Hinsicht ist in den zurückliegenden Jahren einiges aus dem Ruder gelaufen.

Dass man mit der Vertretung unserer Interessen, liebe Kolleginnen und Kollegen, etwas erreichen kann, hat sich bei der Bundestagswahl 2013 gezeigt. Die **Regierung Kraft** hatte noch vor der Landtagswahl 2012 schriftlich erklärt, dass künftige Tarifabschlüsse für den öffentlichen Dienst zeit- und inhaltsgleich auf den Beamten- und Versorgungsbereich übertragen werden sollten. Nach der Wahl wollte **Rot-Grün** von diesem Versprechen nichts mehr wissen. Dies führte gegenüber der Landtagswahl zu einem Stimmenverlust von über sieben Prozent.

Dies war eine richtige Reaktion. Den Politikern muss ein für alle Mal deutlich werden, dass sie früher oder später mit gewaltigen Konsequenzen rechnen müssen, wenn sie unsere spezifischen Interessen gering achten!

### Rahmenbedingungen für die Strafvollzugsbediensteten verbessert

Eine Politik, die den öffentlichen Dienst mit Blick auf die Personalkosten pauschal zum Sündenbock für politischen Stillstand abgestempelt hat und zum Teil aus populistischen Gründen nach Zurückdrängung der öffentlichen Verwaltung ruft, muss sich verheerend auf die Motivation und Leistungsfähigkeit der öf-



**Und auch Sicherheit ist nicht zum Nulltarif zu haben.**

fentlich Beschäftigten auswirken. Deswegen haben wir uns im ablaufenden Jahr, nachdrücklich und konstruktiv für unsere gemeinsamen Interessen eingesetzt.

Im Hinblick auf die Vereinbarung einer neuen Arbeitszeit- und Dienststundenregelung hat sich der **BSBD** mit vielen Vorstellungen durchsetzen können. So ist verhindert worden, dass man durch eine Erkrankung hinsichtlich der Arbeitszeit ins Minus geraten kann und dass nunmehr alle Bediensteten gleichmäßig zu Wochenend- und Feiertagsdiensten herangezogen werden sollen. Es ist uns zudem gelungen, ein Bewusstsein dafür zu wecken, dass auch Strafvollzugsbedienstete Familien haben, die gern das Wochenende gemeinsam verbringen. Deshalb sieht die neue Regelung vor, dass dienstfreie Tage vorrangig am Wochenende zu geben sind, wenn dienstliche Gründe dies zulassen.

### Gehaltseinbußen bei den Nachwuchskräften verhindert

Nicht durchsetzen konnten wir uns mit dem Vorschlag, das Wochenende nicht mit Sollarbeitszeit zu belegen. Vor den Risiken einer solchen Entscheidung haben wir gewarnt, sind letztlich aber nicht durchgedrungen. Sollte die absehbare Entwicklung zu einem höheren Personalbedarf führen, wird der **BSBD** diesen nachdrücklich bei der Politik geltend machen.

Mit dem Dienstrechtsanpassungsgesetz sind die Dienstaltersstufen in Erfahrungsstufen umgewandelt worden. Für die Nachwuchskräfte konnte der **BSBD** die ursprünglich nicht vorgesehene Anrechnung von beruflichen Erfahrungen außerhalb des öffentlichen Dienstes durchsetzen, so dass erhebliche Gehaltseinbußen gleich zu Beginn eines neuen Berufes verhindert werden konnten.

### Wirksamen Strafvollzug im erfolgreichen Kampf gegen steigende Kriminalität gewährleisten

Der Kampf gegen eine auf hohem Niveau stagnierende Kriminalität, insbesondere die organisierte Kriminalität, und die Bewältigung neuer Aufgaben stellen den Strafvollzug künftig vor erhöhte Anforderungen. Obwohl die Politik diese grundlegende Veränderung im Strafvollzug erkannt hat, ist sie offenkundig noch nicht bereit, die sich daraus notwendigerweise ergebenden Konsequenzen zu ziehen.

Bei allen politisch Verantwortlichen sollte sich die Einsicht Raum verschaffen, dass der Kampf gegen die Kriminalität nicht nur eine effiziente Polizei, sondern ebenso dringend einen wirksamen, funktionstüchtigen Strafvollzug erfordert. So gesehen leistet auch der Strafvollzug mit

seinen Beschäftigten einen wesentlichen Beitrag zur inneren Sicherheit unserer Gesellschaft. Was die Polizei angeht, so besteht allgemeiner Konsens darüber, dass im Hinblick auf die erhöhten Anforderungen auch die Laufbahnen dieser Berufsgruppe attraktiver auszugestalten sind. Dabei kann und darf nicht übersehen werden, dass auch den Beschäftigten des Strafvollzuges bei vergleichbaren Anforderungen der erforderliche Personal und verbesserte Berufsperspektiven zugebilligt werden müssen.

### Einzelfallorientierte Behandlung gibt es nicht zum Nulltarif

Im kommenden Jahr will nun auch das Land Nordrhein-Westfalen von der ihr durch die Föderalismusreform zugewachsene Kompetenz Gebrauch machen und ein neues, zukunftsweisendes Strafvollzugsgesetz verabschieden. Bei aller zu begrüßenden Euphorie sollte den Verantwortlichen jedoch eines klar sein. Die sichere Unterbringung und eine einzel-



**Jetzt wird es endlich Zeit, dass sich bei der Dienstrechtsreform endlich etwas bewegt.**

fallorientierte Behandlung werden nicht zum Nulltarif zu haben sein.

Bereits derzeit fehlen dem Strafvollzug 350 Stellen allein in der Laufbahn des allgemeinen Vollzugsdienstes, sollen die aufgelaufenen Mehrarbeitsstunden künftig vermieden werden. Mit den neuen Aufgaben, die das neue Gesetz ausweislich des Gesetzesentwurfs vorsehen wird, dürften nochmals 350 Stellen erforderlich sein, um den Personalbedarf des Strafvollzuges annähernd zu befriedigen.

### Den Personalbedarf zeitnah befriedigen

Der **BSBD** wird nachdrücklich dafür eintreten, diesen Personalbedarf zeitnah mit dem Inkrafttreten des Gesetzes zu befriedigen. Nur so wird der Strafvollzug des Landes in der Lage sein, die angestrebte Qualitätsverbesserung auch tatsächlich zu realisieren.

**Seit nunmehr sieben Jahren führt die Föderalismusreform dazu, dass drin-**

**gend notwendige Verbesserungen der Besoldungsstrukturen auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben werden. Um dem Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ wieder Geltung zu verschaffen wäre es dringend geboten, die Föderalismusreform in Teilen rückabzuwickeln.**

### Kenntniserwerb durch berufliche Erfahrung und Weiterbildung soll stärkere Gewichtung erhalten

Bis es soweit ist, werden wir im Rahmen der bereits mehrfach vollmundig angekündigten Dienstrechtsreform unsere Interessen wahren müssen. Unser Ziel ist es, berufliche Karrieren im öffentlichen Dienst nicht überwiegend von der Einstiegsqualifikation abhängig zu machen. **Der Kenntniserwerb durch berufliche Erfahrung, Fort- und Weiterbildung sollen vielmehr eine deutlich stärkere Gewichtung erhalten**, um nicht von vornherein Laufbahnbarrieren einzuziehen, die später kaum übersprungen werden können. Der **BSBD** strebt eine gesetzliche Regelung an, die Potentiale der Kolleginnen und Kollegen besser als gegenwärtig für die Aufgabenerledigung zu nutzen, ihnen aber gleichzeitig die Perspektive zu verschaffen, das Kenntnisse und Kompetenzen, die während des beruflichen Schaffens erworben werden, das Überspringen der bisherigen Laufbahngrenzen ermöglichen. Sollte dem

**BSBD** das Erreichen dieser Ziele gelingen, würden sich mit einem Schlag die strukturellen Schwierigkeiten in allen Laufbahnen des Strafvollzuges verbessern.

Es bleibt zu hoffen, dass die Landeregierung dieses Reformwerk mutig auf den Weg bringt. Die Dienstrechtsreform stellt die große Chance dar, den öffentlichen Dienst modern, leistungsorientiert und zukunftsfähig auszugestalten.

**Packen wir's gemeinsam an** und bleiben Sie an unserer Seite. Zur Erreichung der angestrebten Ziele wünsche ich uns allen Gesundheit, Kraft und Ausdauer, nicht weniger aber eine objektive, vorurteilsfreie und realistische Sicht für das mit unseren gewerkschaftlichen Mitteln jeweils Machbare.

*Zu Weihnachten und zum neuen Jahr bin ich mit allen guten Wünschen für Sie persönlich und Ihre Familien*

Euer/Ihr **Peter Brock**

Herbstsitzung des BSBD-Hauptvorstandes:

## Mehrarbeit und Personalmangel kennzeichnen Lage im Strafvollzug

Allein für den Abbau der Mehrarbeit würden etwa 350 Stellen benötigt

**A**nfang November 2013 trat in Hagen der BSBD-Hauptvorstand – das höchste Gremium der „Gewerkschaft Strafvollzug“ zwischen den Gewerkschaftstagen – zu seiner Herbstsitzung zusammen. Annähernd 100 Delegierte aus den Vollzugseinrichtungen des Landes forderten von der Landesregierung, unverzüglich mit dem schrittweisen Abbau des Personaldefizits zu beginnen. BSBD-Chef Peter Brock bezifferte allein den Personalbedarf in den Laufbahnen des allgemeinen Vollzugsdienstes und des Werkdienstes auf mehr als 700 Kräfte. Die bisherige Praxis, den Personalmangel gleichmäßig auf die einzelnen Vollzugseinrichtungen zu verteilen, sei nicht zielführend, weil dies zu jährlichen Eingriffen in die Personalhoheit der Anstalten führe und damit die erforderliche Planungssicherheit untergraben werde.

Der Gewerkschafter machte nachdrücklich darauf aufmerksam, dass die jährliche Anpassung des Personalbestandes anhand von spezifischen Parametern ein wenig effizientes Verfahren sei, um den Strafvollzug qualitativ nach vorne zu bringen. Allein für den Abbau der Mehrarbeit würden rd. 350 Stellen benötigt. Im kommenden Jahr solle das Landesstrafvollzugsgesetz verabschiedet werden, mit dem sich Nordrhein-Westfalen wieder an die Spitze der Entwicklung eines wirksamen Strafvollzuges setzen wolle. Dies ist nach Auffassung von **Brock** allerdings nicht zum Nulltarif zu haben, sondern erfordere nach vorsichtiger Schätzung der Gewerkschaft noch einmal 350 Stellen.

### Jährliche Personalanpassungen behindern die Qualitätsverbesserung in den Vollzugseinrichtungen

Die kurzzeitige Anpassung des Personalbestandes verhindert nach Einschätzung der BSBD-Delegierten, dass neu eingeführte, personalbindende Behandlungsmaßnahmen dauerhaft vorgehalten werden können. Durch das jährliche Drehen an der „Personalschraube“ stünden solche Maßnahmen sofort wieder auf dem



**BSBD-Vorsitzender Peter Brock forderte von der Landesregierung den Ausgleich der offensichtlichen Personallücken.**

Prüfstand, was die Motivation der in diesen Bereichen tätigen Kolleginnen und Kollegen erheblich beeinträchtigt. **Die Delegierten sehen in der Personalanpassung folglich den untauglichen Versuch, qualitative Verbesserungen unter dem Primat der Personalwirtschaft zu realisieren.** Eine qualitative Weiterentwicklung der Behandlung von Straftätern verlange allerdings nach Konstanz und konsequenterweise nach einer längerfristig kalkulierbaren Personalzuweisung.



Die Delegierten aus den BSBD-Ortsverbänden bemängelten die relativ kurzfristige Nachsteuerung bei der Personalzuweisung. Wenn man sich auf den Personalbestand mittelfristig nicht verlassen könne, stünden qualitätsverbessernde Maßnahmen bereits nach kurzer Zeit wieder zur Disposition.

### 550.000 Überstunden und kein Ende in Sicht!

**Peter Brock** erläuterte, dass die Mehrarbeit in diesem Sommer sprunghaft auf über 550.000 Stunden angewachsen sei: „Das Ministerium muss sich endlich eingestehen, dass für den vorhandenen Aufgabenbestand und die angestrebte Vollzugsqualität das Personal zu knapp bemessen ist. Die notwendige Konsequenz aus dieser Erkenntnis muss sein, den Personalfehlbestand schrittweise in den kommenden Jahren abzubauen. Das jetzige Verfahren, den Personalmangel jährlich neu zu verteilen, ist gescheitert und wird dazu führen, dass vollzugliche Qualitätsverbesserungen kaum zu erreichen sein werden“.

Sowohl die Wiedereingliederung der Gefangenen als auch die Gewährleistung der Sicherheit der Allgemeinheit werden nach Auffassung der Delegierten Schaden nehmen, wenn die Frage des Personalbedarfs nicht befriedigend gelöst wird. Bei der Besoldungsanpassung sei gespart worden und auch die Steuereinnahmen auf Rekordniveau böten durchaus Handlungsspielräume, um den Strafvollzug aufgabenangemessen personell auszustatten. Die Politik sei insoweit gefordert, in die Sicherheit und die qualitative Weiterentwicklung des Vollzuges zu investieren und diesen Bereich nunmehr mit haushaltspolitischer Priorität zu versehen.

Die Delegierten machten bei der so wichtigen Personalfrage deutlich, dass der Personalbedarf des Vollzuges von der Politik vielfach als nachrangig angesehen werde, während man mit Schuldzuweisungen schnell bei der Hand sei, wenn außerordentliche Sicherheitsstörungen zu beklagen seien. Dabei sei ein effizienter Strafvollzug zwingend auf eine ordentliche Personalausstattung angewiesen.

**BSBD-Chef Brock** forderte von der Politik, sich mit dem Haushalt 2014 dieser Problematik konstruktiv zu stellen. Die Kolleginnen und Kollegen arbeiteten an der Belastungsgrenze, was nicht dauerhaft zumutbar sei. **„Die nordrhein-westfälische Landesregierung kann und darf sich der Pflichtaufgabe ‚Strafvollzug‘ nicht entziehen und muss für eine sachgerechte Personalausstattung Sorge tragen. Dabei auf selbstheilende Kräfte zu hoffen, weil die Belegungsentwicklung derzeit leicht rückläufig ist, kann sich sehr schnell als tödlicher Irrtum erweisen“**, forderte der Chef der

„Gewerkschaft Strafvollzug“ die Politiker zum politischen Handeln auf.

Im Rahmen der Sitzung wurden die Erfahrungen mit den neuen **Beurteilungsrichtlinien** diskutiert. Seit Beginn des Jahres werden sie in den Vollzugseinrichtungen angewendet und haben bislang noch nicht so richtig die „Herzen der Betroffenen“ erreichen, geschweige denn, sich bewähren können.

Vielleicht liegt dies daran, dass man das Regelungssystem von der Praxis noch nicht richtig verinnerlicht hat. Eines lässt sich jedoch bereits jetzt feststellen: Ein Beurteilungssystem, das annähernd 150 Seiten Handlungsanweisung benötigt, um die Praxis mit seiner Anwendung vertraut zu machen, hat eine gute Chance, sehr unterschiedlich ausgelegt und interpretiert zu werden. Wenn es ein Ziel gewesen sein sollte, die Beurteiler und die zu Beurteilenden tiefgreifend zu verunsichern, dann ist dieses Ziel durchaus als erreicht anzusehen.

Der **Hauptpersonalrat Justizvollzug** hat sich schwer damit getan, das bewährte System aufzugeben, weil es hierfür keine zwingenden Gründe zu geben schien. Das alte System war bestens eingeführt und weitgehend rechtssicher, was sich bei dem neuen Beurteilungssystem erst noch erweisen muss.

Zweifel werden vermehrt an dem System der Überbeurteilung durch das Justizministerium geäußert. Um gleiche Beurteilungsmaßstäbe einzuhalten und sicherzustellen, wendet das Ministerium ein sehr formalisiertes Verfahren an, das sich nicht allein auf die Überprüfung der aktuellen Beurteilung stützt, sondern die gesamte Dienstzeit der Betroffenen fiktiv nachzeichnet.

Ob mit einem solchen Verfahren, die Leistungsfähigkeit der Kolleginnen und Kollegen tatsächlich einigermaßen zutreffend und vergleichbar ermittelt werden kann und ob die für Beurteilungen entwickelten Grundsätze der Rechtsprechung auf diese Weise eingehalten werden können, darf durchaus bezweifelt werden. Eine entscheidende Erfahrung hat die Praxis aber bereits gewinnen können: Wenn eine Beurteilung nach Überprüfung wieder in den Vollzugseinrichtungen eintrifft, dann ist die Note im Regelfall abgesenkt worden.

In Einzelfällen soll dies dem Vernehmen nach sogar Einfluss auf die Auswahl der Bewerberinnen und Bewerber für die Besetzung von Beförderungssämtern gehabt haben. Sollte dies zutreffen, dann muss man sich nicht wundern, dass sich die Betroffenen nicht ausreichend wertgeschätzt fühlen. Und wenn sich die nach neuem System erstellten Beurteilungen nicht als gerichtsfest erweisen sollten,

dann ist schnelle Nachbesserung geboten. Die bereits jetzt offenbar gewordenen Schwächen sind durchaus geeignet, sich negativ auf die Arbeitsmotivation der Kolleginnen und Kollegen auszuwirken. Wenn die Beurteilungsregeln Mängel aufweisen und folglich schwer haben werden, von den Betroffenen akzeptiert zu werden, dann braucht man sich über Maßnahmen der Personalentwicklung keine Gedanken mehr zu machen.

### Neuer Internetauftritt des BSBD-NRW gestartet!

Anlässlich der Sitzung des BSBD-Hauptvorstandes konnte **BSBD-Chef Peter Brock** den neuen Internetauftritt des BSBD starten. Bereits seit geraumer Zeit waren die **BSBD-Kollegen Matthias Grünewald** und **Rudolf Pfeifer** mit der Neugestaltung der Internet-Seiten des BSBD befasst.

Mit dem neuen Design und der bedienerfreundlicheren Menügestaltung wollte die Gewerkschaft eigentlich erst zum 01. Januar 2014 ans Netz gehen. Schwierigkeiten mit den alten Internetseiten machten es jedoch erforderlich, bereits jetzt „Nägel mit Köpfen“ zu machen.

Dieser vorgezogene Start führt dazu, dass die bislang vorgehaltenen Informationen erst nach und nach auf die neuen Seiten übernommen werden können.



**BSBD-Chef Peter Brock drückt auf den Startknopf für den neuen Internetauftritt.**

Die lesefreundliche Aufmachung der Beiträge und das einfachere Auffinden von Informationen dürfte insoweit allerdings entschädigen.

Die beiden **BSBD-Experten** haben einen internen Bereich eingerichtet, in dem **Mandatsträger** in einem Forum gewerkschaftliche Initiativen anregen und diskutieren können. Auf diese Weise soll der **Informationsfluss** zwischen Landesleitung, Ortsverbänden und den Bezirken nachhaltig **verbessert werden**, um einen möglichst breiten Meinungsbildungsprozess für die zu lösenden gewerkschaftlichen Aufgaben und Probleme anzustoßen.

MdL Jens Kamieth (CDU):

## „Rot-Grüner Justizvollzug ist ein Tollhaus“

**Zu dieser Einschätzung gelangt der Abgeordnete, weil am 21. November 2013 einem 61-jährigen Untersuchungsgefangenen die Flucht aus dem Landgericht Kleve gelungen ist. Der Gefangene gelangte durch ein offenes Toilettenfenster auf ein vor dem Gericht aufgebautes Gerüst, das ihm den Abstieg ermöglichte. Diesem Zwischenfall gebührt nach Einschätzung von Jens Kamieth fast die Krone aller Pannen.**

Wenn Fehler passieren, ist es sicher eine der vornehmen Aufgaben der parlamentarischen Opposition, den Finger in die Wunde zu legen und durch eine sachgerechte, begründete Kritik Verbesserungen anzumahnen und einzufordern. Dabei sollten aber nicht alle Sachverhalte über einen einheitlichen Leisten geschlagen werden. Der Justizvollzug ist nicht frei von Fehlern, er will aber nicht für die Fehler anderer in Haftung genommen werden. Mit der Entweichung des Untersuchungsgefangenen aus dem Klever Landgericht hat der Vollzug nun aber beim besten Willen nichts zu tun und steht folglich auch nicht in der Verantwortung. Eine solch grobe Verallgemeinerung der Kritik und eine unberechtigte Schuldzuweisung verhindern die sachgerechte Aufarbeitung von Sicherheitsstörungen, weil sie den Widerspruch geradezu herausfordert.



**Landgericht Kleve.**

**BSBD-Chef Peter Brock** stellte in einer ersten Stellungnahme klar, dass sich der Strafvollzug seiner Verantwortung für die Sicherheit der Allgemeinheit sehr bewusst ist. „Wir erwarten aber auch Anerkennung, wenn diese Aufgabe überaus effizient bewältigt wird, wie dies derzeit der Fall ist. Die Sicherheitsstörungen in den nordrhein-westfälischen Vollzugseinrichtungen haben gravierend abgenommen, so dass vom Vollzug für die öffentliche Sicherheit ein deutlich geringeres Risiko ausgeht, als dies noch vor etwa zehn Jahren der Fall war!“ Bei der Politik mahnt der Gewerkschafter einen fairen Umgang mit dem Justizvollzug an. „Wir stehen für unsere Fehler ein und versuchen diese sachgerecht aufzuarbeiten, um Wiederholungsfälle zu vermeiden. Wir wollen aber nicht für die Fehler anderer verantwortlich gemacht werden!“

JVA Remscheid:

## Ermittlungsbehörden mit Durchsuchungen schnell bei der Hand!

Belastende Aussagen stammen von Inhaftierten

**A**m 22. November 2013 ist der Bereich der Küche der JVA Remscheid durch die Polizei durchsucht worden. Dort beschäftigte Kolleginnen und Kollegen sowie Gefangene wurden eingehend verhört. Aufgeklärt werden sollte der vermutete Diebstahl von Nahrungsmitteln, die eigentlich für die Inhaftierten bestimmt gewesen seien. Der Durchsuchungsbeschluss des Amtsgerichts erging aufgrund von Zeugenaussagen. Aufgrund dieser Aussagen sah das Gericht einen Anfangsverdacht als gegeben an. Die Durchsuchungsaktion ist dem Vernehmen nach ergebnislos geblieben und auch die Vernehmungen sollen den Anfangsverdacht nicht bestätigt haben.

Wenn man sich die Lebenswirklichkeit einer Vollzugseinrichtung vor Augen führt, dann ist zu vermuten, dass die belastenden Aussagen von Inhaftierten stammen. Wenn solche Aussagen künftig allein ausreichen sollten, um umfang-

reiche Ermittlungen mit Eingriffen in die Persönlichkeitsrechte von Bediensteten zu rechtfertigen, dann begeben wir uns auf einen problematischen Weg, weil faktisch Inhaftierten die Möglichkeit eröffnet wird, durch die Androhung belastender Aussagen auf das Verhalten von Kolleginnen und Kollegen einzuwirken.

Der **BSBD** hat keine Zweifel daran, dass die ergriffenen Maßnahmen sorgsam erwogen worden sind. Trotzdem sollte in jedem Einzelfall geprüft werden, ob nicht die bisherige Praxis, die jeweilige Vollzugseinrichtung zunächst um eine Stellungnahme zu bitten, die sachgerechtere Vorgehensweise ist. Wenn Kolleginnen und Kollegen sich vor unberechtigten Vorwürfen von Inhaftierten nicht mehr effektiv geschützt sehen, dann wird sich das Behandlungsklima in den nordrhein-westfälischen Vollzugseinrichtungen dramatisch verändern. Die Kolleginnen und Kollegen werden dann vornehmlich auf die eigene Absicherung bedacht sein, bevor sie sich mit als kritisch bekannten Inhaftierten auseinandersetzen. **BSBD**-Vorsitzender **Peter Brock** gab in Düs-



Die Durchsuchung des Küchenbereiches der JVA Remscheid verlief ergebnislos.

seldorf der Hoffnung Ausdruck, dass die Remscheider Durchsuchung ein singuläres Ereignis gewesen sein möge und im Regelfall künftig wieder die zuständige Vollzugsbehörde beteiligt werde, wenn Verdächtigungen gegen Kolleginnen und Kollegen erhoben werden. Gleichzeitig lobte der Gewerkschafter die Leitung der JVA Remscheid, die die Belegschaft zu einem sensiblen Umgang mit den betroffenen Kolleginnen und Kollegen aufgefordert hat.

## DBB verlangt die nachhaltige Stärkung des Berufsbeamtentums!

Dauderststädt warnt: „Unter den Staatsdienern macht sich Staatsverdrossenheit breit“

**D**ie Koalitionsverhandlungen von SPD, CDU und CSU sind gerade ange laufen, da hat sich **DBB**-Chef **Klaus Dauderststädt** zu Wort gemeldet, um den Erwartungen des öffentlichen Dienstes angemessen Gehör zu verschaffen. Zusammen mit Bundeswehrverband und Deutschem Richterbund stellte er in Berlin 10 Thesen für einen starken öffentlichen Dienst den Medienvertretern und einer interessierten Öffentlichkeit vor.

**Dauderststädt** verlangt nicht mehr und nicht weniger als eine völlige Korrektur des in den zurückliegenden Jahren beschrittenen Kurses bei Einstellungs-, Bezahlungs- und Arbeitsbedingungen. Der Gewerkschafter macht darauf aufmerksam, dass der öffentliche Dienst die äußere und innere Sicherheit garantiert und gleichwertige Lebens-, Rechts- und Standortbedingungen im gesamten Bundesgebiet sichert.

Für all diese Leistungen, die gewährleisten, dass unser Land an 365 Tagen rund um die Uhr funktioniert, erwarten wir eine ideelle und finanzielle Anerkennung. Es müsse endlich Schluss sein mit den Sparrunden, Privatisierungswellen und dem Reformaktionismus der Vergangenheit. Die Degradierung der Kolleginnen und Kollegen zu reinen Kostenfaktoren hat deren Motivation und Leistungsfähigkeit erheblich beschädigt. „Unter den

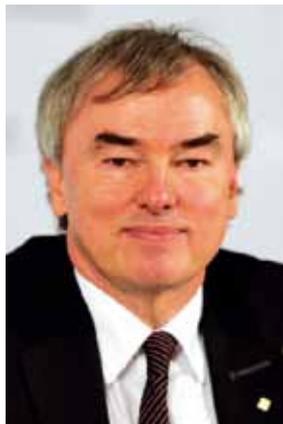
Staatsdienern macht sich Staatsverdrossenheit breit“, warnte **Dauderststädt** vor der Fortsetzung einer Politik der herablassenden Ignoranz.

Der **DBB**-Chef stellte vor den zahlreichen Medienvertretern klar, dass die Dienstleistungen des öffentlichen Dienst-

tes nicht zum Nulltarif zu haben sind. Es sei folglich an der Zeit, die Föderalismusreform in weiten Teilen rückabzuwickeln, eine Lösung für die Altschuldenproblematik und für die nachhaltige Sicherung der Alterseinkommen zu entwickeln. Zudem müsse das Problem des sich bereits abzeichnenden Personal- und Fachkräftemangels im öffentlichen Dienst einer sachgerechten Lösung zugeführt werden.

Für den **BSBD** unterstützt NRW-Vorsitzender **Peter Brock** diese Positionen und Forderungen des **DBB** nachdrücklich. „Der Wettbewerbsföderalismus der Bundesländer hat sich vom Grundsatz ‚Gleiches Geld für gleiche Leistung‘ bereits weit entfernt. Die sich abzeichnende Koalition der **Unions-Parteien** mit der **SPD** wird das nächste Kabinett Merkel von den Mehrheitsverhältnissen her in die Lage versetzen, die Fehlentwicklungen der zurückliegenden sieben Jahre endlich zu korrigieren und damit auch einen nachhaltigen Bürokratieabbau zu bewirken. Unsere Hauptforderung muss es deshalb sein, von der neuen Regierung die Wiedereinführung eines bundeseinheitlichen Dienst- und Besoldungsrechts zu verlangen!“

**DBB-Chef Klaus Dauderststädt fordert von der neuen Bundesregierung die Rückkehr zu einem einheitlichen Dienst-, Besoldungs- und Versorgungsrecht.**



Einst so dringend!

## Neubau einer Sozialtherapeutischen Anstalt lässt auf sich warten

Unterschiedliche Ideen und Planungswünsche müssen erst auf Machbarkeit überprüft werden

**F**rüher hörte man die Motoren von Autos und fröhliches Kinderlachen, heute herrscht Stille. Auf den Flächen, auf denen früher sechzig Wohnungen standen, gedeiht jetzt das Unkraut. Wenn schon der Eigentümer, das Land Nordrhein-Westfalen, mit dem Gelände augenscheinlich nichts anzufangen weiß, arbeitet eben die Natur daran, die letzten Spuren urbanen Lebens zu beseitigen. Dabei wurde die sich jetzt zwischen Polizeigebäuden und JVA ausbreitende Brache einmal dringend für die Errichtung einer Sozialtherapeutischen Anstalt (SothA) neben der Bochumer JVA gebraucht. Noch 2009, als sich die damalige Justizministerin Roswitha Müller-Piepenkötter (CDU) daran machte, die Dienstwohnungen der JVA Bochum zügig zu räumen, bestand offenbar ein großer Zeitdruck. Ein Ersatz für die Sotha Gelsenkirchen musste her, weil auf deren Gelände ein Gerichtszentrum entstehen sollte.

Warum diese Planungen bislang nicht umgesetzt worden sind, bleibt rätselhaft und im Nebulösen verborgen. Dabei mussten für das geplante Bauvorhaben in den Jahren 2009 und 2010 insgesamt sechzig Familien weichen und ihr gewohntes und lieb gewordenen soziales Umfeld wechseln. Unabänderliches zu akzeptieren ist eine Sache, aber tagtäglich vor Augen zu haben, dass es offenbar nur einen behaupteten Zeitdruck für den Abriss der Dienstwohnungen gab,

in der Hand als die Taube auf dem Dach. Folglich wurden die Wohnungen geräumt und 2011 dem Erdboden gleich gemacht. „Es tut schon weh, das jeden Tag zu sehen“, sagt **Rainer Fregonese** vom **Bund der Strafvollzugsbediensteten (BSBD)**. Er hatte damals gemeinsam mit den betroffenen Kollegen viel Zeit und Arbeit investiert, um die Dienstwohnungen der JVA Bochum zu erhalten. Leider war dieser Arbeit nicht der erstrebte und erhoffte Erfolg beschieden. Trotzdem hat dieser

den könnten. Zu einem bislang deutlich vernachlässigten Problem könnte sich der Denkmalschutz entwickeln. Sollten sich die Planungen zur Errichtung der Sozialtherapeutischen Anstalt wieder konkretisieren, müsste auch das für Denkmalschutz zuständige Dezernat der Bezirksregierung Arnsberg wieder mit einbezogen werden.

Gegenüber den Ruhnachrichten hat ein Vertreter der Bezirksregierung erklärt, dass in diesem Fall der Umgebungsschutz der denkmalgeschützten JVA Bochum zu beachten sei. Der Neubau müsse sich harmonisch in die Umgebung der Anstalt einfügen. Der Sprecher betonte, dass bislang keine Anträge vorlägen, um das Beteiligungsverfahren einzuleiten.

Warum es beim Bau der Sozialtherapeutischen Anstalt derart massive Verzögerungen gibt, bleibt letztlich unklar. Ein Sprecher des NRW-Justizministeriums hält die personellen Wechsel an der Spitze der Gelsenkirchener Sozialtherapie für entscheidend. So gäbe es unterschied-



Die JVA Bochum verfügte vor dem Haupteingang einst über sechzig Dienstwohnungen.



Die Dienstwohnungen in der Bochumer Innenstadt waren ein familienfreundliches Idyll.



Ehemalige Bewohner fragen sich, weshalb die Wohnungen bereits 2009 geräumt werden mussten.

schmerzt die Betroffenen schon sehr. Im Jahre 2009 hatten die Dienstwohnungsinhaber zusammen mit dem **BSBD** massiv Widerstand geleistet. Sie waren nach Düsseldorf gezogen und hatten den damaligen Ministerpräsidenten **Jürgen Rüttgers** (CDU) um Hilfe gebeten. Auch wenn es seinerzeit durchaus Anzeichen für Hoffnung gegeben hatte, setzte sich die Justizministerin letztlich durch, indem sie den Dienstwohnungsinhabern faktisch die „Pistole auf die Brust“ setzte: Entweder Sie akzeptieren eine finanzielle Entschädigung und räumen zeitnah oder Sie nehmen Rechtsschutz in Anspruch und bekommen dann nichts.

Da Strafvollzugsbedienstete auch finanziell nicht gerade auf Rosen gebettet sind, war es durchaus verständlich, dass sich die meisten sagten: Lieber den Spatz

Konflikt nach Ansicht von **Rainer Fregonese** etwas gehabt. „Damals haben wir vor der Bochumer Vollzugseinrichtung ein „Zelt der Solidarität“ errichtet, um stets dort getroffen, um neue Handlungsstrategien zu entwerfen und umzusetzen. Wir haben die Öffentlichkeit aufmerksam gemacht, Landtagsabgeordnete und Vertreter der Stadt um Unterstützung gebeten. Dieser gemeinsame Kampf hat uns als Beschäftigtengruppe näher zusammenrücken lassen“, erinnert sich der Gewerkschafter.

Dem Vernehmen nach hält das nordrhein-westfälische Justizministerium den Baubeginn nunmehr für das Jahr 2015 für denkbar, will sich aber nicht definitiv festlegen, weil bei derart großen Bauvorhaben auch unvorhergesehene Verzögerungen nicht ausgeschlossen wer-

liche Ideen und Planungswünsche, die zunächst auf Machbarkeit überprüft werden müssten.

Der Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW (BLB) berief sich im Gespräch mit den Ruhnachrichten darauf, dass die Planungen noch in den Kinderschuhen steckten. Der BLB hält die Fertigstellung der SothA in 2017 für nicht mehr realisierbar.

Für Kolleginnen und Kollegen, die direkt an der Anstalt gewohnt haben, sind diese Aussagen kein Trost. Sie mussten ihre Heimat verlassen und fragen sich jetzt: Warum? Auch **Rainer Fregonese** vom **BSBD** mahnt den Fortgang des Bauvorhabens an: „Ganz ehrlich: Man ist einfach froh, wenn man dieses Brachland, das mit so vielen Erinnerungen behaftet ist, nicht mehr jeden Tag sehen muss.“



Die Reisegruppe des OV Bielefeld-Oberems vor dem alten Tor der JVA Münster.

OV Bielefeld-Oberems

## Senioren besuchten die westfälische Metropole Münster

Reisegruppe war tief beeindruckt von der Vorführung „Faszination Weltall“

**D**er Seniorenarbeit wird im Ortsverband eine besondere Bedeutung beigemessen. So hat sich jetzt nach der personellen Neuausrichtung des Vorstandes des BSBD-Ortsverbandes Bielefeld-Oberems ein Seniorenteam gebildet, das sich zum Ziel gesetzt hat, die etwas statisch gewordene Betreuung der Pensionäre und Ruheständler verstärkt in Bewegung zu bringen. Künftig werden Hans Hovestadt, Helmut Langkamp und Antonius Beermann die speziellen Angebote und Aktivitäten planen, koordinieren und durchführen. Als Wiedereinstieg in die überaus beliebten Seniorenfahrten wurde zunächst eine Tagestour in die westfälische Metropole Münster geplant.

Im Spätsommer startete ein komfortabler Reisebus von Rietberg aus über die JVA Bielefeld-Senne in Richtung Münsterland. Wie es sich für alte Vollzugshasen gehört, hatten die Organisatoren die JVA Münster als erstes Reiseziel ausgewählt. Dort wurde die Reisegruppe überaus herzlich empfangen. Im großen Konferenzraum brachte der stv. Leiter der JVA Münster, **Herr Silwedel**, den Besuchern mittels einer Power-Point-Präsentation die Geschichte und die gegenwärtige

Grundsätze des damaligen Gefängnisbaus. Die bedrohliche Wirkung des Torgebäudes, der turmartigen Wohnhäuser, der Zinnenbekrönungen der einzelnen Gebäudeteile und der hohen Mauer war beabsichtigt. Die kleinen und großen Rundbogenfenster, der schlanke Turm und nicht zuletzt der zentrale Kirchraum waren bauliche Symbole für die angestrebte Besserung des Gefangenen.

Im Schullokal und in der Kirche war die Gemeinschaft gestattet. Während der Arbeitszeit waren die Zellen geöffnet, während der halbstündigen täglichen Bewegung im Freien jedoch jede Kontaktaufnahme verboten. Man hatte sich in rascher Gangart mit fünf Schritten Abstand zu bewegen und musste bei Zuwiderhandlungen mit körperlicher Züchtigung rechnen.

Seit diesen Anfängen hat sich auch im Strafvollzug vieles verändert. **Herr Silwedel** berichtete darüber, dass sich die JVA Münster seit mehr als 40 Jahren der schulischen Förderung von Straftätern widmet. Im Pädagogischen Zentrum der

Anstalt haben seither über 1.500 Strafgefangene einen Haupt- oder Realschulabschluss erworben. Seit 2002, so der Anstaltsvertreter, könnten Strafgefangene einen Lehrgang belegen, der zum Volla-bitur führt.

**Herr Silwedel** berichtete den Besuchern über die Struktur der Anstalt, die sich in relativ selbstständige Vollzugseinheiten gliedert. Ein auf Kooperation ausgerichteter Konferenzsystem solle partnerschaftliche Kommunikation und einen guten Informationsfluss ermöglichen. Die Anstalt biete eine breite Palette von Behandlungsangeboten sowie gezielter professioneller Einzelfallhilfe. Zwischenzeitlich seien auch Vollzugslockerungen und Hafturlaub zentrale Bestandteile der Wiedereingliederungsbemühungen für die überwiegend erst-inhaftierten Strafgefangenen der JVA Münster. Nachdem die Entscheidung gefallen sei, für die in die Jahre gekommene Einrichtung eine Ersatzanstalt zu bauen, werde intensiv nach einem geeigneten Standort gefahndet. Insgesamt arbeiteten in der JVA Münster 275 Bedienstete verschiedener Fachrichtungen an der Umsetzung eines modernen Strafvollzuges, erläuterte **Herr Silwedel**.

Nach dem sehr informativen Vortrag des stellvertretenden Anstaltsleiters hatte die Reisegruppe Gelegenheit, einen ausgedehnten Rundgang durch die alte Vollzugseinrichtung zu machen. Für ehemalige Bedienstete einer Einrichtung des offenen Vollzuges war es sehr erkenntnisreich, Einblicke in die heutige Ausgestaltung des geschlossenen Vollzuges zu erhalten. Den Abschluss der Besichtigung bildete die Einnahme einer Gulaschsuppe, die der **BSBD-Ortsverband** Münster vorbereitet hatte. Nach dieser leckeren Stärkung hieß es Abschied neh-



Auf dem AA-See konnte die Reisegruppe herrlich entspannen, zumal auch das Wetter mitspielte.

Vollzugsarbeit der JVA Münster nahe. Die Einrichtung wurde Mitte des 19. Jahrhunderts errichtet und im Jahre 1853 ihrer Bestimmung als neue „Isolier-Strafanstalt“ mit 456 Einzel- und 80 Schlafzellen übergeben.

Das äußere Erscheinungsbild des Neubaus an der Gartenstraße spiegelt die

men. Die Reiseleitung bedankte sich bei den Verantwortlichen für die freundliche Aufnahme und besonders bei **Achim Hirtz**, dem Vorsitzenden des **BSBD-OV** Münster, für die Bewirtung. Die nächste Station war eine Fahrt über den Aa-See in Münster mit einem durch Sonnenergie angetriebenen Schiff. Bei absolut ruhigem Gleiten über das Wasser des Sees, konnte man die Ruhe genießen und die „Seele baumeln lassen“. Nach dieser kurzen Phase der Besinnung war wieder Action angesagt: Das Planetarium des Naturkundemuseums wartete auf die Bielefelder Reisegruppe.

Das Münsteraner Museum verfügt über das schärfste Planetarium Europas. Als eines der wenigen Großplanetarien Deutschlands besitzt es einen Kuppeldurchmesser von 20 Metern und bietet 260 Menschen Platz. Gerade erst ist das Planetarium modernisiert worden und besitzt nunmehr die schärfste digitale Bildauflösung der Welt. Besucher können die brandneuen, atemberaubenden Programme und das Beste, was es derzeit in Planetarien gibt, in neuer Full-Dome-Technik sehen.

Das Planetarium bietet Gelegenheit, fremde Planeten, Sterne und astronomische Ereignisse vom bequemen, dreh-



**Das Planetarium des Museums für Naturkunde Münster war absolutes Highlight der Exkursion.**

baren Armlehnsessel aus zu erforschen. Es werden Reisen durch das Universum unternommen, Sternbilder erforscht, Spaziergänge auf dem Mars erlebbar gemacht und die unglaublichen Weiten des Weltalls vorgestellt. Kurz: Es gibt unendlich viel zu entdecken in diesem Wunderwerk der Technik! Die Reisegruppe war tief beeindruckt von der Vorführung „Faszination Weltall“.

Bevor sich die Reisegruppe auf die Heimfahrt ins Ostwestfälische machte, war noch Schlemmen im Museums-Café angesagt. Nach dem Abschluss dieser Tagesexkursion waren alle Teilnehmer überaus angetan und begeistert von dem Gemeinschaftserlebnis. Die Intensivierung der Seniorenarbeit im Ortsverband hatte mit dieser Fahrt einen erfreulich positiven Start. *Helmut Langkamp*

Dienstkleidung:

## Dienstrangabzeichen ja oder nein?



**BSBD-Karikatur: Thomas Möbis**

**D**as Justizministerium hat nunmehr die Vorarbeiten für die Befragung aller Kolleginnen und Kollegen, die zum Tragen von Dienstkleidung verpflichtet sind, weitgehend abgeschlossen. Mit der Durchführung der Befragung ist die Redaktion Justiz-Online elektronisch beauftragt worden. Die Justiz-Online-Redaktion wird alle Betroffenen per E-Mail zur Abstimmung auffordern.

Um eine möglichst hohe Beteiligung zu erreichen, wird es fünf Wochen lang möglich sein, sich an der Umfrage zu beteiligen. Bei der Abstimmung werden den Betroffenen folgende Fragen vorgelegt werden:

- Ich bin **für** die Einführung von Dienstrangabzeichen
  - Ich bin **gegen** die Einführung von Dienstrangabzeichen
  - Ich **enthalte** mich.
- Zusätzlich für den Justizvollzug:
- In bin **für** eine Kennzeichnung des Werk-/Werkaufsichtsdienstes
  - In bin **gegen** eine Kennzeichnung des Werk-/Werkaufsichtsdienstes

Zwischenzeitlich hat das Justizministerium auch eine Festlegung für den Fall getroffen, dass sich eine Mehrheit für Dienstrangabzeichen aussprechen sollte. In diesem Fall sollen die Rangabzeichen in **silberner Farbe** für den allgemeinen Vollzugsdienst und den Werkdienst wie folgt gestaltet werden:

- |  |                        |
|--|------------------------|
| <input type="checkbox"/> 1 schmaler Streifen   | Vollzugsbeschäftigte/r |
| <input type="checkbox"/> 2 schmale Streifen  | Anwärter/in            |
| <input type="checkbox"/> 1 breiter Streifen  | A 7                    |
| <input type="checkbox"/> 2 breite Streifen   | A 8                    |
| <input type="checkbox"/> 3 breite Streifen   | A 9                    |
| <input type="checkbox"/> 3 breite und 1 schmaler Streifen  | A 9 + AZ               |
| <input type="checkbox"/> 4 breite Streifen   | A 10                   |
| <input type="checkbox"/> 5 breite Streifen   | A 11                   |
| <input type="checkbox"/> für den Werk- und Werkaufsichtsdienst eine zusätzliche hellblaue Litze. |                        |

Nach Einschätzung des **BSBD** war das Meinungsbild im Vollzug vor Einführung der blauen Uniform durchaus ambivalent. Nachdem jedoch die Kolleginnen und Kollegen erste Erfahrungen mit den blauen Schlaufen speziell auf den Diensthemden gemacht haben, scheint sich eine Mehrheitsmeinung pro Dienstrangabzei-

chen herauszubilden, weil die Schlaufen sonst ohne eigentliche Funktion getragen werden müssen.

Der **BSBD** begrüßt es daher außerordentlich, dass Justizminister **Thomas Kutschaty** die Betroffenen selbst diese Frage selbst entscheiden lässt. Wie die Entscheidung aber auch immer ausgehen

wird, das Abstimmungsergebnis wird für lange Zeit Bestand haben. Daher sollten möglichst alle betroffenen Kolleginnen und Kollegen von der Möglichkeit Gebrauch machen, sich an der Befragung zu beteiligen.

Bei Außenkontakten haben die blauen Schlaufen bereits für Irritationen gesorgt und zu Nachfragen geführt, weil es einem unbeteiligten Dritten nicht sofort einleuchtet, warum im Vollzug Schlaufen für Dienstrangabzeichen ohne Dienstrangabzeichen getragen werden. Eines sollte zudem bedacht werden: Die blauen Schlaufen müssen künftig mit oder ohne Dienstrangabzeichen getragen werden, weil sie Bestandteil der Dienstkleidung sind.

BSBD-Chef **Peter Brock** bezieht in dieser Frage folgende Position: „Nach den ersten Erfahrungen mit der neuen Dienstkleidung scheint es so zu sein, dass die für Dienstrangabzeichen bestimmten Schlaufen faktisch nach einer entsprechenden Kennzeichnung verlangen. Solche Abzeichen dürften sich im Umgang mit der Öffentlichkeit und im Rahmen von Sicherheitsstörungen zudem durchaus als nützlich erweisen. Im Umgang



**Die Betroffenen werden in Kürze befragt werden, ob die Schlaufen für Dienstrangabzeichen auch im Justizvollzug ihrer eigentlichen Bestimmung zugeführt werden sollen.**

mit Inhaftierten dürften hingegen die vielfach befürchteten Nachteile ausbleiben.

Denn ob an Dienstrangabzeichen ablesbar oder nicht, die Inhaftierten kennen bereits heute die jeweilige Stellung eines Bediensteten in der Hierarchie des Vollzuges, da sollten wir uns nichts vormachen. Jetzt ist es an den Betroffenen eine klare Entscheidung zu treffen.“

Zwischenzeitlich hat sich **Jürgen Lipki**, der Leiter der JVA Hövelhof, mit ei-

ner Entscheidungshilfe an alle Unentschlossenen gewandt. Er vertritt die Auffassung, dass Dienstrangabzeichen überflüssig seien, weil die tägliche Arbeit nicht von einer festen Rangordnung mit Befehl und Gehorsam diktiert werde, sondern jeder Teil eines Teams sei.

*An die „Freunde von Dienstrangabzeichen“ wendet er sich mit der Forderung nach Gleichbehandlung. „Vor allem möchte ich auch unbedingt zur Befriedigung meines Bedürfnisses, als Autoritätsperson wahrgenom-*

*men zu werden, eine breite Schärpe schräg auf der Brust und zum Zeichen meiner Amtsstellung wahlweise einen Degen an der linken Seite oder ein Zepter in der rechten Hand tragen dürfen. Schön wäre auch ein schickes Mützchen mit Goldkordel, dessen Kappe man – dem Zeitgeist entsprechend – wahlweise zur Seite oder nach hinten tragen kann“.*

Diese subtilen Vorstellungen hat **Thomas Möbis (s. Grafik Seite 57)** in seine spezifische Bildsprache übertragen.

## Heute schon gelacht?

### Opportunismus

Gerichtsverhandlung nach einem Autounfall. Der Anwalt des schuldigen Fahrers fragt den Kläger: „Ist es richtig, dass Sie nach dem Unfall meinem Mandanten gesagt haben, Sie seien nicht verletzt?“ – „Natürlich habe ich das gesagt, aber dazu müssen Sie wissen, wie sich die Sache abgespielt hat: Also, ich reite mit meinem Pferd ruhig die Straße entlang. Da kommt das Auto angerast und wirft uns in den Graben. Das war vielleicht ein Durcheinander, das können Sie sich nicht vorstellen. Ich lag auf dem Rücken, die Beine in die Luft – und mein braves altes Pferd auch. Da steigt der Fahrer aus, kommt auf uns zu und sieht, dass mein Pferd sich ein Bein gebrochen hat. Darauf zieht er wortlos eine Pistole und erschießt es. Danach sieht er mich an und fragt: ‘Sind Sie auch verletzt?’ – Nun frage ich Sie, Herr Rechtsanwalt, was hätten Sie geantwortet?“

### Der zweite Mann

In der Kantine: „Hast Du gehört? Unser Chef ist gestorben!“ – „Ja, und ich frage mich die ganze Zeit, wer mit ihm gestorben ist.“ – „Wieso mit ihm?“ – „Na, in der Anzeige stand doch: ‘Mit ihm starb einer unserer fähigsten Mitarbeiter.’“

### Missverständnis

Der Huber Karl sieht auf dem Fensterbrett im zweiten Stock eines Hauses einen Blumentopf mit wunderschönen Blüten. Er beschließt, die Blumen zu stehlen und holt eine Leiter. Als er oben angelangt ist und den Topf gerade in seinen Händen hält, kommt ein Polizist vorbei und fragt ihn: „Was machen Sie da? Ist das Ihr Haus?“ – „Nein“, antwortet Karl, „ich will dem Nachbarn als Überraschung diesen Blumentopf ans Fenster stellen!“ Da schreit der Polizist ihn an: „Machen Sie keinen Unsinn! Wenn der herunterfällt! Nehmen Sie sofort das Zeug wieder mit!“

### Orientierungslos

Ein Polizist sitzt heulend auf einer Mauer. Da kommt ein Mann und fragt: „Was haben Sie denn?“ Der Polizist: „Mein Polizeihund ist weggelaufen!“ Der Mann: „Ach, machen Sie sich doch keine Sorgen. Der findet auch allein wieder aufs Revier!“ Der Polizist: „Der Hund schon... aber ich nicht!“

### Konsequenz

Richter: „Angeklagter, erst nahmen Sie dem Kläger die Brieftasche weg und dann ohrfeigten Sie ihn auch noch! Warum taten Sie das?“ – „Weil die Brieftasche leer war!“

### Fester Glaube

„Angeklagter, was hat Sie vor die Schranken des Gerichts geführt?“, will der Richter wissen. „Mein fester Glaube, Herr Vorsitzender“, erklärt der Angeklagte ganz ernst. „Ihr fester Glaube?“ – „Ja, ich habe fest geglaubt, die Bank hätte keine Alarmanlage.“

Besuchen Sie uns im Internet

[www.bsbd-nrw.de](http://www.bsbd-nrw.de)



Start Aktuelles Termine Fachbereiche Mitgliederservice Kontakte Impressum

OV Bochum:

## Vom „Pannenknast“ zur sicheren Vollzugseinrichtung!

Künftig Ausweispflicht für Gefangene

**N**och 2012 galt die JVA Bochum als Pannenknast in Nordrhein-Westfalen. Diese Bewertung war damals nicht richtig und heute schon gar nicht. Trotzdem sahen sich die Medien in diesem Eindruck durch die Entweichung eines Gefangenen im Juni 2013 aus dem Besuchsbereich der Anstalt bestätigt. Zwischenzeitlich ist das Sicherheitskonzept überarbeitet worden. Um Verwechslung künftig sicher auszuschließen, hat man sich in Bochum entschlossen, eine Ausweispflicht für Gefangene einzuführen. Daneben wurden 1,87 Mio. Euro in die passive Sicherheit der Anstalt investiert.

In der öffentlichen Wahrnehmung haben es Vollzugseinrichtungen besonders schwer. Gute Arbeit – sei es im Bereich der Sicherheit oder sei es im Bereich der Behandlung von Inhaftierten – wird öffentlich kaum wahrgenommen. Ein fehlerfreies Agieren wird – anders als in allen anderen Lebensbereichen – einfach er-

alle bestrebt sind, nicht in den Strudel öffentlicher Vorverurteilungen zu geraten.

### Strengere Identitätsprüfungen

Auslöser für die jetzige Überprüfung des Sicherheitskonzeptes der JVA Bochum war die Entweichung des 25-jährigen Untersuchungshäftlings **Angelo Duric**, der wegen des Verdachts auf Bandendiebstahl inhaftiert war. Ihm war am Mittag des 6. Juni 2013 die Flucht aus der JVA Bochum gelungen. Konkret hatte der Mann regulär Besuch erhalten. Jeder JVA-Besucher bekommt an der Pforte eine Kontrollmarke für ein hinterlegtes Ausweispapier.

Bei der nun folgenden Identitätsprüfung ist wohl aufgrund einer gewissen optischen Ähnlichkeit des Gefangenen mit dem Bild im Ausweispapier kein Verdacht geschöpft worden, so dass ihm gegen die vorgelegte Besuchermarke der Ausweis ausgehändigt wurde, so dass **Duric** die Vollzugseinrichtung verlassen konnte.

### Gefangene müssen hausinterne Ausweise tragen

Die in der JVA Bochum untergebrachten Gefangenen müssen jetzt hausinterne Ausweise tragen. Damit verbessert die Einrichtung die Sicherheit und erleichtert die Identitätskontrollen. Eine solche



**Die Flucht des Untersuchungsgefangenen Angelo Duric war Anlass, die Sicherheit der JVA Bochum zu verbessern.**

Trickentweichung, wie sie dem Untersuchungsgefangenen **Duric** gelungen ist, dürfte damit künftig sicher verhindert werden können. Auch die Gebäude der JVA Bochum sind in die Jahre gekommen.

Die 100-jährige Nutzung hat ihre Spuren hinterlassen, so dass selbst die Außenwände der Unterkunftsbäude nicht mehr hinreichend sicher sind. Als Ausfluss dieser Erkenntnis ist jetzt ein Programm zur Verbesserung der Sicherheit aufgelegt worden.

Um die Vollzugseinrichtung in der Bochumer Innenstadt sicherer zu machen, sind die Außenwände des alten Hafthauses II und dreier Flügel des alten Hauses I verstärkt worden. Es wurden Stahlmatten und ein besonders harter Zement aufgebracht.

Den hier untergebrachten Gefangenen dürfte es künftig schwerer fallen, diese Sicherungen zu überwinden, um einen Wanddurchbruch zu schaffen.

Auch die oberen Geschossdecken wurden auf diese Weise ausbruchssicherer gemacht. Während der Baumaßnahmen, die sich regelmäßig als sicherheitstechnisch problematisch erweisen, sind die Gefangenen aus den jeweils betroffenen Hafräumen anderweitig untergebracht oder verlegt worden.

### Sicherheitskonzept an die Bedürfnisse angepasst

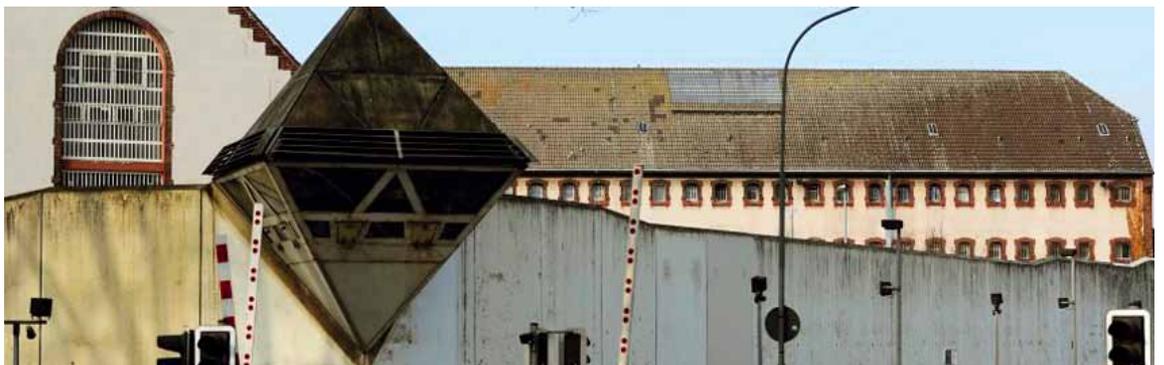
Neben der baulichen Sicherheit sind auch die organisatorischen Abläufe auf den Prüfstand gestellt worden. So hat man sich entschlossen, den Besuchsverkehr grundlegend neu zu gestalten und zu or-



**Bei der JVA Bochum werden 1,87 Mio. Euro in die Sicherheit investiert, um die alten Gebäude auch für die Zukunft ausbruchssicher zu machen.**

wartet und eingefordert. Treten bei dieser Erwartungshaltung Sicherheitsstörungen in einer Einrichtung vor, reagiert die veröffentlichte Meinung oftmals mit überzogenen Urteilen über die Arbeit hinter den hohen Mauern der Vollzugsanstalten.

In Abhängigkeit von der „politischen Großwetterlage“ stimmt der Chor der Politik vielfach in diese überzogene Kritik mit ein. Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes werden nur zu gern für „Pannen“ verantwortlich gemacht, die sie mit großer Regelmäßigkeit nicht – oder allenfalls peripher – zu vertreten haben. Hauptsache scheint es zu sein, dass die Politik den politisch verantwortlichen Justizminister beharrt, um Kapital aus solchen Vorkommnissen schlagen zu können. Meist bleibt dabei die Sachaufklärung dieser Sicherheitsstörungen auf der Strecke, weil



**Auch wenn die Gebäude und die Umwehrgung optisch noch einen soliden Eindruck machen, so sind sie doch in die Jahre gekommen und bedürfen der ständigen Überprüfung.**

ganisieren. Um den Besucherverkehr zu entzerren, wird ein zweiter, ein gläserner Besucherraum gebaut. Dies ermöglicht es den Bediensteten die Besucher beim Verlassen der Vollzugseinrichtung intensiver kontrollieren zu können.

Bereits beim Betreten der JVA Bochum wird die Sicherheit nachhaltig verbessert. Vor dem Pfortenbereich wird ein gesonderter Wartebereich mit Schließfächern geschaffen. In den Schließfächern haben die Besucher jene Gegenstände zu hinterlegen, die in einer Vollzugseinrichtung nicht zugelassen sind. Mit der Fertigstellung dieses Gebäudes wird nochmals eine Verbesserung der Sicherheit eintreten, weil sicherheitsrelevante Gegenstände die Vollzugseinrichtung gar nicht erst erreichen.

### Türklinken wurden durch Türknaufe ersetzt

Außerdem wird nunmehr sichergestellt, dass Besucher die Anstalt erst dann wieder verlassen dürfen, wenn der Besuchsabteilung bestätigt worden ist, dass der besuchte Gefangene sich wieder in seinem Haftraum befindet.

Um allen nur denkbaren Eventualitäten vorzubeugen, wurden in Besuchsräumen die vorhandenen Türklinken durch Türknaufe ersetzt und die vorgeschriebenen Übergaben der Gefangenen wurden so geregelt, das nach menschlichem Ermessen eine Flucht, wie sie **Duric** im Juni dieses Jahres gelang, ausgeschlossen erscheint.

Die Justiz lässt sich die Sicherheitsmaßnahmen in Bochum viel kosten. Immerhin werden 1,87 Mio. Euro verbaut. Im Hinblick hierauf ist es erstaunlich, dass nach dem Eintritt von Sicherheitsstörungen schnell Mittel verfügbar gemacht werden können, während vorbeugende Investitionen sonst gerne aufgeschoben werden.

## Heute schon gelacht?

### Mangelnde Hygiene

„Sie haben aber dreckige Füße“, staunt der Orthopäde, „die müssen Sie mal wieder waschen.“ – „Ja, das sagt meine Frau auch immer.“ – „Und warum waschen Sie Ihre Füße dann nicht?“ – „Ich wollte erstmal hören, was der Fachmann sagt!“

### Jasager

Angela Merkel zu Kanzleramtschef Pofalla: „Ich will in diesem Laden keine Jasager um mich haben. Wenn ich Nein sage, sollen alle anderen auch Nein sagen.“



Zusammen mit Behörden- und Ausbildungsleitung präsentierten die Nachwuchskräfte des JVK Fröndenberg stolz die soeben in Empfang genommenen Urkunden.

OV Fröndenberg:

## Gelöbnis im Justizvollzugskrankenhaus

Nun folgt eine zweijährige Ausbildung zum Justizvollzugsbeamten

**F**ünf Justizvollzugsbeschäftigte wurden am 01.07.2013 im Justizvollzugskrankenhaus NRW in Fröndenberg im Rahmen einer Feierstunde zu Beamten auf Widerruf ernannt. Stefan Brickmann, Erhan Cegit, Mike Jacobi, Katharina Löhnhard und Magdalena Zimny erhielten von Joachim Turowski, dem Leiter des Justizvollzugskrankenhauses NRW, die Ernennungsurkunden. Anschließend legten die neuen Beamtinnen und Beamten ihren Dienst ab.

An der Feierstunde nahmen neben den Kolleginnen und Kollegen des allgemeinen Vollzugsdienstes auch Bedienstete anderer Berufsgruppen sowie die Angehörigen der neuen Justizvollzugsoberssekretärin teil. Vollzug vollzieht sich regelmäßig hinter der Abgeschlossenheit hoher Mauern. Da bot die Feierstunde willkommenen Anlass, den Angehörigen den zwar schwierigen, aber auch fordernden und befriedigenden Arbeitsplatz der Nachwuchskräfte zu präsentieren.

Vor ihrer Verbeamtung waren die jungen Kräfte bis zu zwei Jahren als Justizvollzugsbeschäftigte in der Behörde beschäftigt, wurden durch Ausbildungsleitung und Praxisanleiter umfangreich auf ihre Tätigkeit vorbereitet und konnten im Berufsalltag bereits wertvolle Erfahrungen sammeln. Sie treten den Vorbereitungsdienst für die Laufbahn des allgemeinen Vollzugsdienstes gegenüber Laufbahnbewerbern mit einem gewissen Erfahrungs- und Wissensvorsprung an und hoffen, dass ihnen dies bei der Laufbahnprüfung von Nutzen sein wird.

Mit ihrer Ernennung beginnt nun die zweijährige Ausbildung zum Justizvollzugsbeamten, die neben der theoretischen Ausbildung an der Justizvollzugsschule NRW in Wuppertal auch zahlreiche

praktische Ausbildungsabschnitte in verschiedenen Vollzugsformen unterschiedlicher Justizvollzugsanstalten vorsieht. Zurück zum Justizvollzugskrankenhaus NRW kehren die fünf Bediensteten erst nach dem Bestehen der Laufbahnprüfung Ende Juni 2015. Dort werden sie, wie der stellvertretenden Anstaltsleiter **Karlheinz Wogesin** besonders betonte, schon jetzt sehlichst zurückerwartet: „Ihr werdet dringend für die Erledigung der anfallenden Aufgaben benötigt!“

### Abschied vom Arbeitsalltag des Vollzugskrankenhauses

Nach der Ernennung hatten die neuen Beamtinnen und Beamten die Möglichkeit, ihren Angehörigen den ungewöhnlichen Arbeitsplatz im Rahmen einer Führung näher zu bringen. Mit etwas Wehmut war die Veranstaltung allerdings doch verbunden, weil es Abschied vom Arbeitsalltag im Vollzugskrankenhaus zu nehmen hieß, das den Nachwuchskräften in der zurückliegenden Zeit so vertraut geworden war. Die Ungewissheit vor den neuen Eindrücken und Erfahrungen ließ bei dem ein oder anderen etwas Beklemmung aufsteigen. Es überwog allerdings die Vorfriede auf die bevorstehende berufliche Qualifizierung.

OV Büren:

## Volker Strohmeier für 40-jährige Mitgliedschaft im BSBD geehrt

Im Rahmen der Jahreshauptversammlung des Ortsverbandes Büren wurde Volker Strohmeier für seine 40-jährige Mitgliedschaft im BSBD geehrt.

Ihm wurden in diesem feierlichen Rahmen die Urkunde des Landesverbandes sowie ein Präsent des Ortsverbandes Büren übergeben. Ortsverbandsvorsitzender **Günter Wollschläger** würdigte besonders die Verdienste um die Gewerkschaftsarbeit, die sich Volker Strohmeier in den zurückliegenden Jahrzehnten erworben hat.

Seit seinem Eintritt in die Gewerkschaft zum 01.08.1973 bis zum Jahr 2000 gehörte der Jubilar dem Ortsverband Bielefeld-Oberems an. Nachdem Kollege **Strohmeier** als Verwaltungsleiter an die Justizvollzugsanstalt Büren wechselte, unterstützte er mit großem Engagement



Der Vorsitzende des OV Büren, **Günter Wollschläger** (Mi.), gratuliert **Volker Strohmeier** (re.) zur 40-jährigen Mitgliedschaft in der Gewerkschaft Strafvollzug. Weiter im Bild: **Dirk Hillebrand**, Kassierer des Ortsverbandes Büren.

die Gewerkschaftsarbeit in der teilprivatisierten Vollzugsanstalt Büren.

Im Jahr 2005 wurde **Strohmeier** mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Anstaltsleiters beauftragt und später zum Behördenleiter ernannt. Seine Basisnähe und gewerkschaftliche Identifikation hat er stets beibehalten.

Zum 01. November 2012 trat **Volker Strohmeier** in den wohlverdienten Ruhestand. **Wollschläger** war sich aber sicher, dass der Jubilar die Gewerkschaftsarbeit auch während seines Ruhestandes aktiv unterstützen und seine fachliche Kompetenz in den Dienst der gemeinsamen Sache stellen werde.

Strafvollzug in der Schweiz

## Therapien stehen im Vordergrund der Behandlung

Öffentlichkeit sieht Therapien im Strafvollzug hingegen kritisch

**R**eittherapie für Vergewaltiger, Box-Training für Gewaltverbrecher, so versucht die Schweiz, Straftäter in die Gesellschaft zurück zu führen. Was die Öffentlichkeit in den letzten Wochen über den Schweizer Strafvollzug erfuhr, wird nunmehr kontrovers diskutiert. Nach den Sicherheitsstörungen der jüngsten Vergangenheit stehen die vollzuglichen Therapiemaßnahmen auf dem Prüfstand. Die Öffentlichkeit ist nicht mehr überzeugt, dass die Therapieansätze des schweizerischen Strafvollzuges so zielführend sind, wie man bislang glaubte.

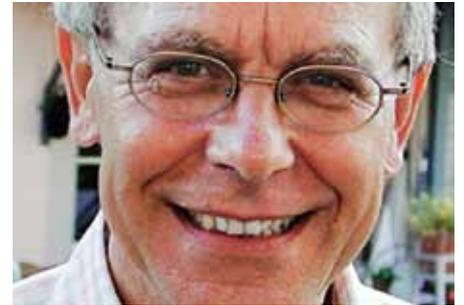
**Josef Sachs**, Chefarzt Forensik der Psychiatrischen Klinik Königsfelden, erklärte dazu, dass es keine abgeschlossene Liste von Therapien gäbe, die im Strafvollzug regelmäßig zur Anwendung gelangen. **Sachs** selbst führt Therapien durch, erstellt Rückfallrisiko-Beurteilungen und erstattet Gutachten für die Gerichte. Auf den forensischen Stationen der Klinik Königsfelden werden nach etwa dreimonatiger Persönlichkeitserforschung auf den individuellen Fall zugeschnittene Therapiemodule zusammengestellt.

Eingesetzt werden nach Aussage des Chefarztes vor allem Psychotherapie, Gruppentherapien, Ergotherapie, Bewegungs- und Sporttherapie sowie Arbeits- und Kunsttherapie. Die homogen strukturierte Klientel auf den Stationen verfolge die Zielsetzung, die Wirksamkeit der Therapien nachhaltig zu erhöhen. **Paul Loosli**, Direktor der Justizvollzugsanstalt Solothurn, sieht es als eine wichtige Voraussetzung für eine effiziente Vollzugsgestaltung an, dass der Vollzug positive Rückmeldungen von Therapeuten, Sozialpädagogen und Arbeitspädagogen erhält.

### Der Trend zu mehr Therapie im Strafvollzug ist ungebrochen

Die Anzahl therapierter Straftäter nimmt in der Schweiz ständig zu. Wurde noch im Jahre 2010 366 Straftäter stationär therapiert, waren es ein Jahr später bereits mehr als 800. Zurückzuführen ist dieser Anstieg auf die Novellierung des Strafgesetzes im Jahre 2007. Die Gesetzesänderung schreibt faktisch vor, dass Inhaftierte mit psychischen Störungen therapiert werden müssen, wenn dadurch die Gefahr von Rückfällen gemindert werden kann.

Der Trend geht also klar in Richtung zu mehr Therapie. Vor kurzem hat der schweizerische Bundesrat



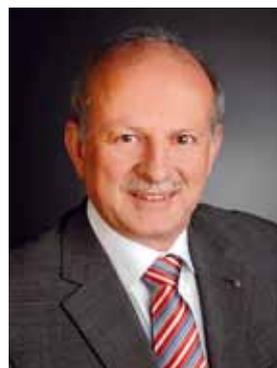
**Josef Sachs**, Leiter Forensik der Klinik Königsfelden.

Zahlen vorgelegt, welche zusätzlichen Kosten diese Gesetzesänderung verursacht. Danach ist der Kostenanstieg für solche Gefangen, die im Rahmen einer sogenannten stationären Maßnahme nach Artikel 59 des Strafgesetzbuches therapiert werden, enorm. Zwischen 2007 und 2011 sind sie von 44 auf 93 Millionen SF jährlich angestiegen.

Welcher Straftäter schließlich in welcher Form therapiert wird, hängt vom jeweiligen Einzelfall ab, es erfolgt keine formale, geschweige denn automatische Zuweisung zu einer Therapie. **Josef Sachs** stellte lediglich klar, dass in seinem Zuständigkeitsbereich weder Reit- noch Box-Therapien zur Anwendung gelangten. Der Forensiker hält es zudem für problematisch, Leuten mit erhöhtem Aggressionspotenzial eine Box-Therapie zu verordnen.

In der Schweiz herrschen unterschiedliche Auffassungen über die Art und

Weise, welche Therapie für welche Störungen hilfreich und wirksam sind. Daran wird sich heute und morgen auch nichts ändern. Zurzeit ist die Schweizerische Gesellschaft für forensische Psychiatrie dabei, in Arbeitsgruppen schweizweit einheitliche Standards für forensische Therapien zu erarbeiten. Entscheidungsreif sei aber noch nichts, so **Sachs**. Einfach wird diese Konsensfindung



**Paul Loosli**, Direktor der JVA Solothurn.

nach Auffassung des Fachmannes aber nicht. **Sachs** hält sie aber für möglich. Bei der laufenden Abstimmung geht es im wesentlichen auch um die Frage, in welchem Ausmaß neben der klassischen Psychotherapie auch noch Spezialangebote wie Reittherapie eingesetzt werden sollen.

### Öffentlichkeit von Therapiegläubigkeit des Strafvollzugs noch nicht überzeugt

In den Medien unseres Nachbarlandes wird eine Diskussion über entsprechende Behandlungen im Strafvollzug geführt. Nicht die Wirksamkeit wird in den Mittelpunkt dieser Erörterung gestellt, vielmehr interessiert die Öffentlichkeit die Kosten-Nutzen-Analyse. **Paul Loosli**, der Leiter der JVA Solothurn, zeigt sich überzeugt davon, dass Therapien grundsätzlich eine gute Sache sind. Im Falle von Sexualdelinquenz sei es extrem nützlich, die Täter durch Therapien zu befähigen, ihr Verhalten kontrollieren zu können, bevor man sie nach Ablauf der Strafe unbehindert auf die Straße schicke.

**Loosli** lässt folglich auch das Kostenargument nicht gelten. Die Therapien verursachen zwar einen hohen finanziellen Aufwand, seien aber auch unter Kostengesichtspunkten ohne realistische Alternative. Unter dem Strich seien die Kosten niedriger, als einen gefährlichen Straftäter ein Leben lang wegzusperren. Nach der Wirksamkeit von Therapien befragt, ist sich der Vollzugsexperte nicht absolut sicher. Was man in den letzten Jahren beobachten könne, sei eine Verfeinerung der therapeutischen Instrumente der Psychiatrie. „Man weiß heute mehr über die psychische Konstitution unterschiedlicher Tätergruppen und darf durchaus optimistisch sein, dass wir nach und nach ein wirksames Instrumentarium für die Behandlung gefährlicher

Straftäter entwickeln können“, stellte **Loosli** klar. Das Ziel der Therapien ist letztlich immer auf den Zeitpunkt der Entlassung ausgerichtet. Mit den therapeutischen Ansätzen wird die Verhinderung von neuen, schweren Straftaten angestrebt. Dies ist ein hohes Ziel, wenn man sich die begrenzten Möglichkeiten der Erfolgskontrolle vor Augen führt. Kontrollgruppen zu bilden, wie man sie aus der Medikamentenforschung kennt, verbietet sich im Strafvollzug von vornherein. Sonst müsste man in Kauf nehmen, dass eine Gruppe untherapierter Straftäter nach der Vollstreckung der Strafe versuchsweise in die Freiheit gelangen würde, um sie mit den Therapierten vergleichen zu können. Nach Einschätzung des Forensik-Experten **Sachs** wäre ein solches Vorgehen zynisch, weil neue Straftaten quasi sehenden Auges in Kauf genommen würden. Dies ist für **Sachs** folglich keine Option.

### Therapie ist kein Allheilmittel

Dass Therapien bei psychisch gestörten Gewaltverbrechern etwas nützen, davon ist **Sachs** überzeugt: Eine gute forensische Therapie sei wirksam. Studien zeigten, dass die Erfolgsaussichten in etwa mit der Wirksamkeit von Bypass-Operationen bei Herzinfarkten vergleichbar seien. Aber auch **Sachs** relativiert. Man könne Therapie-Erfolge sowohl über- als auch unterschätzen. Die Therapie sei kein Allheilmittel, sie sei letztlich zur Vermeidung von schweren Straftaten ohne Alternative. Die Therapie-Befürworter sehen die Sicherheit der Öffentlichkeit verbessert, die Gegner sehen die Therapieflut eine Psychiatisierung des Strafvollzuges. **Josef Sachs** will Licht ins Dunkel bringen. Der Forensiker unterscheidet zwei große Gruppen von Straftätern, die er therapiert sehen will. Zum einen die psychisch schwer kranken Straftäter, die aus

der Krankheit heraus Straftaten begangen haben. Diese werden einerseits mit Medikamenten, andererseits psychotherapeutisch behandelt, damit sie lernen, mit der Krankheit umzugehen und risikobehaftete Rückfall-Muster selber zu erkennen.

Die andere Gruppe sind Täter mit Persönlichkeitsstörungen. Bei diesen gehe es darum, die Persönlichkeit zu verändern, um die Rückfallgefahr zu reduzieren, erläutert **Josef Sachs**. Dabei sei unter anderem eine minutiöse Deliktreakonstruktion wichtig. Zusätzlich müsse der Täter die Fähigkeit zur Empathie für das Opfer entwickeln. Dieses Ziel werde in einer Art Training, in das Rollenspiele und Einzeltherapien eingebunden seien, angestrebt, informierte der Experte.

### Rückkehr zum alten Vollzug ist keine Option

Einfacher ist es für alle am Strafvollzug Beteiligten nicht geworden. Für die Gefangenen nicht, weil sich an ihnen niemand mit zu optimistischen Prognosen die Finger verbrennen will und man sie lieber länger als kürzer therapiert. Für die Vollzugsbehörden aber auch nicht, weil heute weniger der Täter für seine Taten verantwortlich gemacht wird als jene Experten, die für die Entlassung eines rückfälligen in die Freiheit verantwortlich sind.

Und auch für die Therapeuten wird es nicht einfacher, weil sie mehr von solchen Delinquenten zur Behandlung zugewiesen bekommen, die sich nur sehr schwer oder praktisch gar nicht als behandelbar erweisen. Und zuletzt wird es auch nicht für die Bevölkerung einfacher, die nicht weiß, ob sich die teuren Therapien letztlich in mehr gesellschaftliche Sicherheit ummünzen lassen. Sicher ist eigentlich nur eines: Die Rückkehr zum liberalen Strafvollzug der 1990er Jahre ist keine Option.



Therapiezentrum für gefährliche Straftäter (Foto links). Der Strafvollzug in der Schweiz hat eine ständige Ausweitung des Therapieangebotes erfahren und umfasst auch den Bereich der Reittherapie.